

Ifo-Forscher sehen Arbeitnehmer als Verlierer der Globalisierung

Institutspräsident Sinn fordert Arbeitsmarktreformen und Lohnkostensenkung

HANDELSBLATT, 27.10.2004

mwb/ost MÜNCHEN. Nach Einschätzung von Ifo-Chef Hans-Werner Sinn nimmt die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland drastisch zu. „Die Verlierer der Globalisierung sind nicht die Unternehmen, sondern die Arbeitnehmer in Deutschland“, sagte Sinn am Dienstag in München. Es handele sich um einen historischen Prozess. Ob dies gerecht sei oder nicht, interessiere „nicht die Bohne“. Nur durch Senkung der Lohnkosten und umfassende Arbeitsmarktreformen könne dem begegnet werden.

Am stärksten betroffen seien nach seinen Untersuchungen die unteren Einkommenschichten meist ungelerner Arbeitnehmer. Hier habe ein Fünftel der Menschen keinen Job. Das seien viermal so viele wie vor 30 Jahren. Die Löhne für diese Jobs müssten drastisch gesenkt werden, damit sie im internationalen Wettbewerb bestehen könnten. Zum Ausgleich solle der Staat Lohnzuschüsse zahlen, damit

die Betroffenen in Deutschland ein angemessenes Auskommen hätten. Durch derartige Maßnahmen könnten nach Sinns Berechnungen 2,3 Millionen neue Jobs entstehen. Der Staat würde dann die Arbeit und nicht die Arbeitslosigkeit subventionieren. Er bekräftigte damit seine Forderung nach einem staatlich bezuschussten Niedriglohnssektor.

Die Weltwirtschaft boome wie seit 28 Jahren nicht mehr, und dennoch sei von diesem Boom in Deutschland mit einem Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent in diesem Jahr und 1,5 Prozent im nächsten Jahr nicht viel zu spüren.

Die deutsche Wirtschaft stehe vor einem Wettbewerbsrätsel, betonte Sinn. Trotz der starken Exporte bleibe das Wachstum gering. Der Grund dafür liegt laut Sinn in der „Basar-Ökonomie“. Der in allen entwickelten Ländern zu beobachtende Prozess der Verlagerung industrieller Wertschöpfung in Niedriglohnländer verlaufe in Deutschland „aus volkswirtschaftlicher

Sicht zu schnell“, so der Ifo-Präsident. Die Industriebeschäftigung gehe viel schneller zurück, als die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich zunehme. Zwischen 1995 und 2003 seien in Deutschland 1,9 Mrd. Arbeitsstunden allein in der Industrie verloren gegangen, doch zugleich nur 290 Mill. Stunden im Dienstleistungssektor entstanden.

„Basar“-These ist unter Experten sehr umstritten

Nötig seien umfangreiche Öffnungsklauseln, die es Betrieben in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ermöglichen, die Lohnkosten zu senken und Arbeitsplätze zu halten.

Die deutsche Industrie wird auch im kommenden Jahr ihre wesentlichen Impulse aus dem Export bekommen, erwarten die Konjunkturforscher. Der Produktionszuwachs im verarbeitenden Gewerbe werde sich voraussichtlich von 3,2 Prozent in diesem Jahr auf 3,0 Prozent im kommenden Jahr abschwächen.

Sinns These, Deutschland verkomme zu einer „Basar-Ökonomie“, die zunehmend vom Handel und immer weniger der Produktion lebe, ist unter Fachleuten allerdings sehr umstritten – schließlich wachsen die deutschen Exporte seit Jahren stärker als die Importe. Während die Einfuhren seit Anfang 2000 um 19,4 Prozent gewachsen sind, legten die Ausfuhren um 33,5 Prozent zu.

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hat die These des Ifo-Chefs daher jüngst als „Unsinn“ bezeichnet – und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) wies sie in einer Studie zurück und stellte fest: „Die Wertschöpfung in Deutschland ist infolge des Außenhandels im Trend gestiegen.“

Nach Ansicht des DIW gibt keine Hinweise darauf, dass Unternehmen zunehmend ihre Wertschöpfung aus Deutschland verlagern – und die These, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen nehme ab, sei daher nicht haltbar.